

Bibliothek am Landtag vorbei?

Die Oppositionsparteien Freie Liste und DpL insistieren auf einen formellen Landtagsbeschluss.

David Sele

Nach monatelangem Hin und Her hat die Regierung final entschieden: Der Landtag wird nicht über die Annahme der Schenkung aus Vaduz zur Realisierung der neuen Landesbibliothek im alten Postgebäude entscheiden, sondern lediglich darüber informiert. Das teilte die Regierung am Donnerstag unmittelbar vor den Osterferien mit.

Die Regierung stützt sich dabei auf ein Rechtsgutachten des Juristen und Altregierungsrats Michael Ritter. Er kommt zu dem Schluss, dass ein Landtagsbeschluss nicht angezeigt ist. Die Begründung: Es fliessen keine neuen Landesgelder. Die ursprüngliche Verpflichtungskredit sei nach wie vor gültig. Zudem habe die Schenkung keine massgebliche Projektänderung zur Folge.

«Angriff auf zentrale demokratische Prinzipien»

Mit der Vorlage an den Landtag zur blossen «Kenntnisnahme» sichert die Regierung wohl das Projekt für eine

neue Landesbibliothek, nimmt dafür aber einen politischen Flurschaden in Kauf. Abgeordnete aller Parteien hatten zuletzt klar eine Beschlussfassung gefordert. Zitierbare Reaktionen aus dem Landtag waren am Dienstag ferienbedingt noch kaum zu erhalten. Die neuerliche Kehrtwende der Regierung sorgt jedoch für Fragezeichen. Öffentlich äusserte sich bislang die Freie Liste: Die Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher nennt das Vorgehen einen «Angriff auf zentrale demokratische Prinzipien». Es zeige, dass die Regierung das Parlament nur als «Zuschauende» verstehe. Wenn ein umstrittenes oder abgelehntes Projekt über Schenkungen Dritter umgesetzt werde, heble dies die Finanzhoheit des Landtages aus. Thomas Rehak (DpL) stimmt denselben Tenor an. Er spricht von einem «Vertrauensbruch». Die damalige Regierung habe 2024 klargestellt, dass das Projekt beendet wird, wenn der Landtag den beantragten Ergänzungskredit ablehne, was dieser daraufhin auch tat. «Der Landtag hat gesagt, er will ein neues Projekt. Die

Regierung ist diesem Votum aber nicht gefolgt», so Rehak.

Der Landtag hatte 2019 für den Umbau des alten Postgebäudes in Vaduz zur neuen Landesbibliothek 22 Millionen Franken genehmigt. Einem Ergänzungskredit im Jahr 2023 stimmten die Abgeordneten hingegen nicht zu, woraufhin die Regierung nach privaten Spendern suchte. Einen solchen fand sie vor allem in der Gemeinde Vaduz: Die Vaduzer Stimmbürger sprachen sich im Mai 2025 klar dafür aus, dem Land die fehlenden 5,43 Millionen Franken für die neue Landesbibliothek zu schenken.

Regierung wechselte Meinung trotz Gutachten mehrfach

Es folgte ein bemerkenswerter Zickzackkurs der Regierung. Die damalige Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter kündigte bereits vor der Vaduzer Abstimmung im Februar 2025 an, die Schenkung dem Landtag vorzulegen. Es existiert sogar ein entsprechender Regierungsbeschluss dazu. Auch ihr Nachfolger Daniel Oehry

erklärte im Mai 2025, mit dem Vaduzer Abstimmungsergebnis vor den Landtag treten zu wollen. Im Sommer folgte der Rückzieher für juristische Abklärungen und schliesslich die Ankündigung, dass gemäss Rechtsgutachten kein Landtagsbeschluss nötig sei. Als Abgeordnete aller Parteien dagegen opponierten und sogar eine Klagedrohung im Raum stand, lenkte die Regierung im Januar 2026 ein: Der Landtag solle das letzte Wort haben. Noch im März vertrat Minister Oehry diese Haltung in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage. Doch im April folgte nun der Rückzieher vom Rückzieher.

«Für mich zeugt es nicht von Kompetenz, seine Meinung in so kurzer Zeit so oft zu ändern», sagt Thomas Rehak. Sowohl er als auch Manuela Haldner-Schierscher zeigen sich nach wie vor überzeugt, dass die Schenkung vom Landtag genehmigt werden müsse. Es sei «inakzeptabel, dieses Projekt über rechtliche Grauzonen voranzutreiben, statt den demokratisch sauberen Weg zu gehen», so Haldner-Schierscher. **3**